

Energiepreisschock trübt auch mittelfristig die Wirtschaftsaussichten

Mittelfristige Prognose 2023 bis 2027

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Simon Loretz

- Hohe Energiepreise und eine schwache Nachfrage treiben die österreichische Wirtschaft im Jahr 2023 in eine Stagflation (BIP +0,2%, Inflation +6,5%).
- Anhaltend hohe Energiepreise in Europa hemmen auch in den Folgejahren die wirtschaftliche Dynamik in Österreich, vor allem in energieintensiven Industriezweigen.
- Für die Prognoseperiode wird von einem jährlichen BIP-Wachstum von durchschnittlich 1,0% ausgegangen.
- Die verhaltene wirtschaftliche Aktivität dämpft die Beschäftigungsdynamik (+0,8% p. a.). Da das Arbeitskräfteangebot etwas schwächer zunimmt als die Beschäftigung, wird ein Rückgang der Arbeitslosenquote von 6,7% 2023 auf 6,4% im Jahr 2027 erwartet.
- Da die Geldpolitik weiter gestrafft wird und die Zentralbanken ihren Bestand an Staatsanleihen verringern, steigen die Zinssätze bis 2024 auf 4,8% (Dreimonatszinssatz) bzw. 5,1% (Sekundärmarktrendite auf 10-jährige deutsche Bundesanleihen).
- Die Inflationsrate (2023: 6,5%) sinkt im Prognosezeitraum auf voraussichtlich 2,4%, bleibt damit aber weiterhin über dem EZB-Zielwert von 2%.
- Das Budgetdefizit pendelt sich mittelfristig bei rund 1,3% des nominellen BIP ein. Die Staatsschuldenquote geht bis 2027 auf knapp 68% zurück (2022: 77,1%).

Vergleich der mittelfristigen WIFO-Prognosen zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich



"Im Gegensatz zur raschen Erholung nach der COVID-19-Krise ist nach der Stagflation 2023 auch in den Folgejahren mit einem verhaltenen Wirtschaftswachstum zu rechnen, vor allem aufgrund der dauerhaft erhöhten Energiepreise."

Österreichs Wirtschaft verzeichnete 2020 die schwerste Rezession seit der Nachkriegszeit (-6,5%). Der kräftige Rebound (2021 +4,6%; 1. Halbjahr 2022 +7,5%) wurde durch die Folgen des Ukraine-Krieges stark gebremst. Das durchschnittliche BIP-Wachstum 2023/2027 dürfte lediglich 1% p. a. betragen (Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen).

Energiepreisschock trübt auch mittelfristig die Wirtschaftsaussichten

Mittelfristige Prognose 2023 bis 2027

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Simon Loretz

Energiepreisschock trübt auch mittelfristig die Wirtschaftsaussichten. Mittelfristige Prognose 2023 bis 2027

Österreichs Wirtschaft durchlebt 2023 eine Stagflationsphase (BIP +0,2%, Inflation +6,5%), da hohe Energiepreise die Produktionsmöglichkeiten und die Wettbewerbsfähigkeit reduzieren, insbesondere von weltweit anbietenden energieintensiven Unternehmen. Die davon getriebene kräftige Inflation führt ceteris paribus zu einem Verlust an Kaufkraft, der den Konsum dämpft. Durch (überwiegend dauerhafte) einkommensstützende fiskalpolitische Maßnahmen werden die negativen Folgen der Teuerung gemildert. Die Minderversorgung mit russischer Energie (insbesondere Erdgas) trifft vor allem die europäischen Volkswirtschaften und damit einen Großteil der wichtigsten Handelspartner Österreichs, worunter die Exporte leiden. Die Energiepreise dürften zwar ab 2024 wieder sinken, das niedrige Preisniveau von 2020/21 wird im Prognosezeitraum aber nicht mehr erreicht. Die Verteuerung von Energie belastet somit auch mittelfristig vor allem die energieintensive Industrie, wodurch der Strukturwandel stark beschleunigt wird und teils zu Verwerfungen führt. Für die Jahre 2023 bis 2027 rechnet das WIFO mit einem verhaltenen Wirtschaftswachstum (+1,0% p. a.) bei schwacher Beschäftigungsdynamik (+0,8% p. a.). Da das Arbeitskräfteangebot geringfügig schwächer wächst als die Beschäftigung, sinkt die Arbeitslosenquote bis 2027 auf 6,4% (2023: 6,7%). Neben den direkten Effekten wirkt sich der Energiepreisauftrieb auch indirekt – durch Überwälzungen der Energiekosten auf alle anderen Güter und Dienstleistungen – auf die Verbraucherpreise aus. Für 2023 wird eine Inflationsrate von 6,5% prognostiziert. Mit dem Rückgang der Energiepreise ab 2024 wird die Inflation zwar wieder abebben (2027: 2,4%), aber weiterhin über dem EZB-Ziel von 2% liegen. Trotz umfangreicher fiskalpolitischer Maßnahmen zur Abfederung der Teuerung stabilisiert sich die Budgetdefizitquote mittelfristig bei rund 1,3% des nominellen BIP. Die Staatsschuld steigt im Prognosezeitraum um 34½ Mrd. €. Die Schuldenquote sinkt aufgrund der kräftigen Ausweitung des nominellen BIP von 77,1% (2022) auf knapp 68% (2027).

Energy Price Shock also Clouds Economic Outlook in the Medium Term. Medium-term Forecast 2023 to 2027

The Austrian economy experiences a stagflationary phase in 2023 (GDP +0.2 percent, inflation +6.5 percent), as high energy prices reduce production opportunities and competitiveness, in particular for globally active energy-intensive companies. The high inflation driven by energy prices leads, ceteris paribus, to a loss of purchasing power, which dampens consumption. The adverse effects of inflation are mitigated by (mainly permanent) income-supporting fiscal policy measures. The reduced supply of Russian energy (especially natural gas) primarily affects European economies and hence a large part of Austria's most important trading partners, leading to a decline in export growth. Although energy prices are expected to fall again from 2024, the low price level of 2020-21 is not expected to be reached in the projection period. The rise in energy prices will therefore continue to weigh primarily on energy-intensive industry, thus greatly accelerating the structural change already underway and causing distortions in some areas. For the years 2023 to 2027, economic growth is expected to be subdued (+1.0 percent p.a.) with weak employment dynamics (+0.8 percent p.a.). As the labour supply grows at a slightly lower rate than employment, the unemployment rate is predicted to fall from 6.7 percent in 2023 to 6.4 percent in 2027. In addition to its direct effects, the rise in energy prices also has an indirect impact on consumer prices – by passing on energy costs to all other goods and services. An inflation rate of 6.5 percent is forecast for 2023. As energy prices fall from 2024, inflation will slow down again (2027: 2.4 percent) but remain above the ECB target of 2 percent. Despite extensive fiscal policy measures to cushion the impact of inflation, the budget deficit ratio will likely stabilise at around 1.3 percent of nominal GDP in the medium term. Government debt is expected to increase by 34½ billion € in the period 2023-2027. The debt ratio falls from 77.1 percent (2022) to just under 68 percent (2027) due to the strong expansion of nominal GDP.

JEL-Codes: E32, E37, E66, D31 • **Keywords:** Mittelfristige Prognose, Öffentliche Haushalte, Österreich, COVID-19

Der vorliegende Beitrag basiert auf der kurzfristigen WIFO-Prognose vom Oktober 2022 für die Jahre 2022 und 2023 (Glocker & Ederer, 2022, in diesem Heft). Informationen, die bis zum 28. September 2022 vorlagen, wurden in dieser Prognose berücksichtigt. Nicht mehr berücksichtigt wurden insbesondere die Veröffentlichung der VPI-Daten für September 2022 (Schnellschätzung am 30. 9. 2022 und Detaildaten 19. 10. 2022) sowie die Letztfassung der Regierungsvorlage zum Bundesfinanzgesetz ("Bundesbudget 2023"; 12. 10. 2022). Die Berechnungen erfolgten unter Zuhilfenahme des makroökonomischen Modells des WIFO (Baumgartner et al., 2005). • Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Begutachtung: Gabriel Felbermayr, Hans Pitlik, Marcus Scheiblecker, Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at) • Berechnungen abgeschlossen am 29. 9. 2022, Text abgeschlossen am 21. 10. 2022

Kontakt: Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Serguei Kaniovski (serguei.kaniovski@wifo.ac.at), Simon Loretz (simon.loretz@wifo.ac.at)

1. Internationale Rahmenbedingungen

1.1 Annahmen zur Energiepreisentwicklung

Die Aussichten für die Weltwirtschaft und Österreichs Volkswirtschaft haben sich seit den letzten mittelfristigen WIFO-Prognosen von März bzw. Juni 2022 (Baumgartner et al., 2022b; Baumgartner, 2022a) weiter verschlechtert. Die EU-Länder haben in Reaktion auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine umfangreiche Sanktionen gegen Russland verhängt. In der Folge hat Russland seine Energierohstofflieferungen nach Europa stark gedrosselt, insbesondere den Erdgasexport, wodurch das Energieangebot in Europa zurückgegangen und die Energiepreise enorm gestiegen sind¹⁾. In der vorliegenden Prognose wird angenommen, dass die EU-Länder (mit Ausnahme Ungarns, Tschechiens und Bulgariens) ab 2023 kein Erdöl und keine verarbeiteten Mineralölprodukte mehr aus Russland beziehen. Für den Prognosezeit-

raum wird zum einen mit einer weiteren Reduktion des russischen Erdgasangebotes in Europa gerechnet und zum anderen mit einer zunehmenden Versorgung mit Erdgas aus anderen Lieferquellen. Unterstellt wird weiters ein Rückgang der Erdgasnachfrage durch den Ersatz von Erdgas durch andere fossile und erneuerbare Energieträger, Einsparungen (Effizienzsteigerung) und Produktionsverlagerungen (bzw. Importsubstitution). Auf Basis dieser Annahmen und der (durchschnittlichen) Markterwartungen, wie sie in den Notierungen der Futures-Kontrakte abgebildet werden, dürften die Großhandelspreise für Erdgas und Strom im Frühjahr 2023 ihre Höchstwerte erreichen und danach sinken. Die Energiepreise liegen jedoch auch in den Folgejahren deutlich über dem Niveau von 2020 bzw. Anfang 2021 (Übersicht 1 und Abbildung 1).

Übersicht 1: Energiepreise – internationale Notierungen

Jahreswerte

	Rohöl Brent	Erdgas Dutch TTF	Strom Österreich		Veränderung gegen das Vorjahr in %			
	\$ je Barrel	€ je MWh	Base	Peak	Rohöl Brent	Erdgas Dutch TTF	Strom Österreich Base	Strom Österreich Peak
2018	71,0	22,9	46,6	53,7				
2019	64,3	13,6	40,1	43,1	- 9,5	- 40,8	- 14,1	- 19,7
2020	41,7	9,5	33,2	36,0	- 35,2	- 30,6	- 17,1	- 16,6
2021	70,7	45,9	107,2	116,8	+ 69,5	+ 394,4	+ 221,8	+ 224,0
2022	98,5	163,0	361,0	405,5	+ 39,4	+ 250,4	+ 237,9	+ 248,1
2023	82,5	210,0	565,0	790,5	- 16,2	+ 28,8	+ 56,5	+ 94,9
2024	76,5	138,0	345,5	485,0	- 7,3	- 34,3	- 38,8	- 38,6
2025	72,5	85,0	222,0	290,5	- 5,2	- 38,4	- 35,7	- 40,1
2026	70,0	58,0	180,0	226,5	- 3,4	- 31,8	- 18,9	- 22,0

Q: HWWI, Barchart, European Energy Exchange, Intercontinental Exchange, Macrobond. TTF . . . Title Transfer Facility.

Durch die hohen Energiepreise bleibt die Inflation im Euro-Raum auch 2023 noch markant über dem Zielwert der EZB von 2%. Zum einen werden die gestiegenen (Energie-)Kosten auf die Preise für Konsumgüter, Nahrungsmittel und Dienstleistungen überwältigt; zum anderen führt die hohe Inflation auch zu höheren Nominallohnabschlüssen, wobei die gestiegenen Arbeitskosten ebenfalls teilweise an die Endverbraucher weitergegeben werden.

Die Verteuerung von Energie setzt im Besonderen energieintensive europäische Industrieunternehmen massiv unter Druck, da sie durch die Kostensteigerungen an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Ähnlich wie die Ölpreisschocks in den Jahren 1973 und 1979 dürfte der derzeitige Energiepreisschock einen Strukturwandel auslösen. Die Bemühungen zur Eindämmung des

Klimawandels dürften dadurch verstärkt und der bereits (zaghafte) eingeleitete Transformationsprozess stark beschleunigt werden. Das deutlich erhöhte Anpassungstempo stellt sowohl die Unternehmen als auch die Wirtschaftspolitik der EU und ihrer Mitgliedsländer vor große Herausforderungen. So gilt es, eine substanzerhaltende Transformation zu gewährleisten und zu verhindern, dass der Strukturwandel zu einem Kahlschlag in der europäischen Industrie führt.

Mit Blick auf die Energiepreise wurden auf Basis der Futures-Notierungen (Stand 8. bis 12. September 2022) folgende Annahmen getroffen:

- Der Rohölpreis (Brent) sinkt von 98,5 \$ je Barrel im Jahr 2022 auf 68 \$ je Barrel 2027.
- Der Preis für Erdgas (Dutch TTF als Benchmark-Preis für Europa), der in der Periode

¹⁾ Im Sommer 2022 trugen zusätzlich auch technische und witterungsbedingte Faktoren zu einem Rückgang der Stromproduktion aus Atom-, Wasser- und Windkraft in Europa bei, sodass die Nachfrage nach Erdgas

und Kohle zur Stromerzeugung deutlich zugenommen hat. Damit führten sowohl nachfrage- als auch angebotsseitige Faktoren zum starken Anstieg der Erdgas- und Strompreise im August 2022.

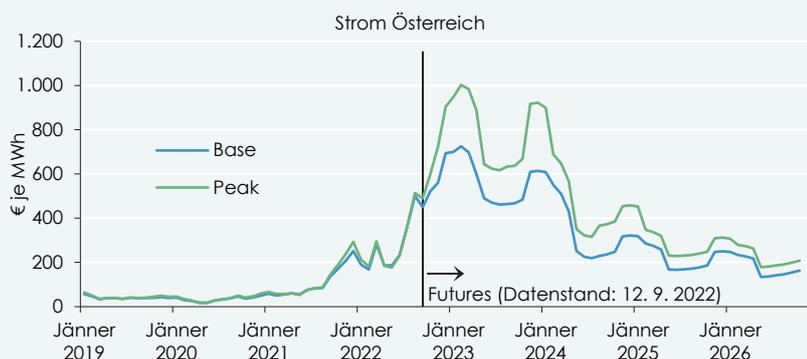
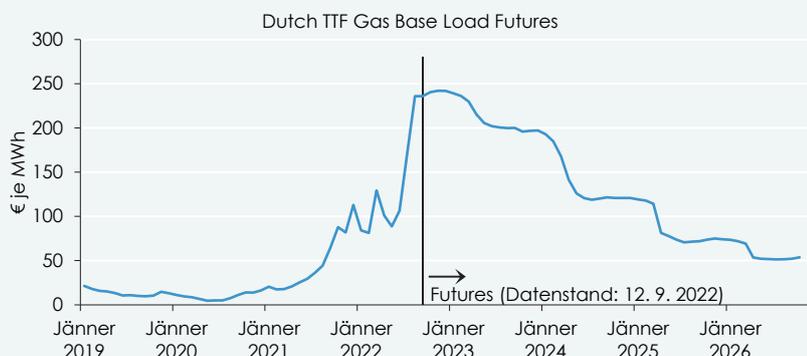
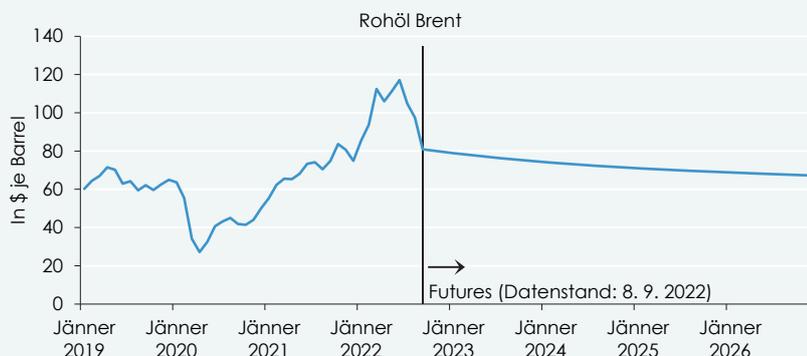
2010/2019²⁾) relativ stabil bei durchschnittlich 22,4 € je MWh lag, steigt 2022 auf 163 € je MWh und erreicht 2023 210 € je MWh. Bis 2026 wird ein Rückgang auf 58 € je MWh angenommen, womit Erdgas immer noch zweieinhalb Mal so teuer wäre wie im Durchschnitt 2010/2019³⁾.

- Der Strompreis (Austrian Electricity Base) steigt von durchschnittlich rund 40 € je MWh (Peak: 44 € je MWh) im Zeitraum

2018/2020 bzw. 107 € je MWh (2021) auf 361 € je MWh im Jahr 2022. Wie beim Erdgaspreis wird der Höhepunkt im Frühjahr 2023 erwartet; im Jahresdurchschnitt 2023 dürfte Strom 565 € je MWh (Peak: 791 € je MWh) kosten. Für die Folgejahre wird auf Basis der Markterwartungen ein Rückgang bis auf 180 € je MWh im Jahr 2026 unterstellt. Damit wäre der Strompreis viereinhalb Mal so hoch wie im Durchschnitt 2018/2020.

Abbildung 1: **Energiepreise – internationale Notierungen**

Monatlicher Verlauf



Q: HWWI, Barchart, European Energy Exchange, Intercontinental Exchange, Macrobond. TTF . . . Title Transfer Facility.

²⁾ Nach einem durch die COVID-19-Rezession bedingten Einbruch auf knapp 5 € je MWh im Juli 2020 erreichte der Erdgaspreis Ende 2020 bzw. Anfang 2021 im Zuge der Konjunkturerholung wieder ein Niveau von rund 20 € je MWh. Damit war er ähnlich hoch wie im Durchschnitt 2010/2019 (nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise bis vor der COVID-19-Krise).

³⁾ Zum Zeitpunkt der Festlegung der internationalen Prognoserahmenbedingungen (13. 9. 2022) waren die Futures-Werte für Erdgas und Strom nur bis Oktober 2026 verfügbar, jene für Erdöl jedoch bis 2027 (und darüber hinaus).

1.2 Annahmen zur internationalen Konjunktur⁴⁾

Noch bis zur Jahresmitte 2022 entwickelte sich die Weltwirtschaft – im Besonderen die Industrie, die wirtschaftsnahen Dienstleistungen und die Bauwirtschaft – im Nachklang der COVID-19-Krise günstig. Das reale BIP der **fünf für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Länder(-gruppen)**⁵⁾ dürfte 2022 um 3,0% steigen (2021 +5,3%; Ø 2010/2019 +2,1% p. a.). Der durch den Ukraine-Krieg ausgelöste Energiepreisschock und die inflationsbedingten Kaufkraftverluste der Einkommen und Ersparnisse trüben allerdings weltweit die Aussichten. Für **2023** wird für die wichtigsten Handelspartner(-regionen) mit einem **BIP-Wachstum** von nur **½%** gerechnet, das sich **bis 2027 leicht auf 1,9% beschleunigt**.

Die **enormen Preissteigerungen bei Erdgas und Strom**, die durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ausgelöst wurden, **trafen die europäische Wirtschaft** wegen ihrer höheren Abhängigkeit von russischen Energierohstoffen **besonders hart**. Daher dämpfen sie auch das mittelfristige Wachstum in Europa stärker als in den USA und in China (Übersicht 2, Abbildung 2).

Für den **Euro-Raum** wird für 2022 nunmehr ein Wachstum von 3,2% unterstellt, das **2023** auf **½%** abebbt und sich bis 2027 leicht auf etwa 1½% verstärkt. Für die **MOEL 5**, die aufgrund ihrer engeren Anbindung an die russischen Erdöl- und Erdgaspipelines eine besonders hohe Abhängigkeit von russischen Anbietern aufweisen, wird für **2023** eine **Rezession** erwartet (BIP –0,9%). In den Folgejahren wird sich das Wachstum zwar auf **2½% (2027)** beschleunigen, mit +1,4% p. a. (Ø 2023/2027) jedoch deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt (2010/2019 +3,1% p. a.) liegen. Der Ukraine-Krieg wird somit auch mittelfristig das Wachstum der MOEL 5 beeinträchtigen.

China setzt aufgrund seiner strikten Null-COVID-Politik immer wieder weitreichende Lockdown- bzw. Quarantäne-Maßnahmen (z. B. in Shanghai und Peking im Frühjahr 2022; in Zengzhou, Provinz Henan, im Oktober 2022). Das Wirtschaftswachstum in China dürfte daher von 8,1% im Jahr 2021 auf 3,2% im Jahr 2022 zurückgehen. Für den Prognosezeitraum 2023/2027 wird das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum auf 4¼% p. a. geschätzt (–3 Prozentpunkte gegenüber dem Ø 2010/2019).

Die für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Partnerländer wachsen 2023 lediglich um ½%. Im Prognosezeitraum dürfte das durchschnittliche Marktwachstum 1½ p. a. betragen und damit um etwa ¾ Prozentpunkte schwächer sein als im Durchschnitt der Jahre 2010/2019.

Übersicht 2: Internationale Konjunktur

	Ø 2010/ 2019	Ø 2018/ 2022	Ø 2023/ 2027	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	
BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %											
Euro-Raum	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,1	+ 5,2	+ 3,2	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,5	
MOEL 5 ¹⁾	+ 3,1	+ 2,8	+ 1,4	+ 5,5	+ 3,4	– 0,9	+ 1,0	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,5	
USA	+ 2,2	+ 1,8	+ 2,3	+ 5,7	+ 1,7	+ 0,9	+ 2,0	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,6	
Schweiz	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,1	+ 3,7	+ 2,1	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5	
China	+ 7,7	+ 5,2	+ 4,8	+ 8,1	+ 3,2	+ 4,9	+ 5,2	+ 4,9	+ 4,5	+ 4,5	
Insgesamt, exportgewichtet ²⁾	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,4	+ 5,3	+ 3,0	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,9	
Annahmen zur Prognose											
Erdölpreis, Brent	\$ je Barrel	80	69	74	71	99	83	77	73	70	68
Wechselkurs	\$ je €	1,23	1,14	1,15	1,18	1,05	1,04	1,13	1,18	1,20	1,21
Internationale Zinssätze											
Dreimonatszinssatz	in %	0,2	– 0,3	3,9	– 0,5	0,3	3,9	4,8	4,3	3,3	3,1
Sekundärmarktrendite Deutschland	in %	1,1	0,1	4,4	– 0,4	1,1	3,6	5,1	5,0	4,1	4,0

Q: WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ²⁾ Euro-Raum, MOEL 5, USA, Schweiz, China: gewichtet mit den österreichischen Exportanteilen.

Da die Wirtschaft der **USA** in geringerem Ausmaß von russischer Energie abhängt als die europäische, fallen die Abwärtsrevisionen durch den Ukraine-Krieg für die USA geringer aus. Zudem profitieren die USA von der Verlagerung der europäischen Energienachfrage aus Russland nach Übersee (z. B. Flüssiggas) und von der teilweisen Standort-

verlegung energieintensiver Industriezweige von Europa in die USA, womit die Unternehmen auf das substanzielle Preisgefälle bei Erdgas und Strom reagieren. Auf Basis der Erdgas-Futures (Henry Hub bzw. Dutch TTF) wird Energie auch noch in den kommenden Jahren in den USA deutlich günstiger sein als

⁴⁾ Für 2022 und 2023 wurden die Annahmen zur internationalen Konjunktur von Glocker und Ederer (2022) übernommen. Für die Jahre 2024 bis 2027 basieren die Annahmen zur Entwicklung der internationalen Wirtschaft auf einer durch das WIFO angepassten Variante der Weltprognose von Oxford Economic

Forecasting (Global Economic Forecast, Basisszenario vom 12. 9. 2022).

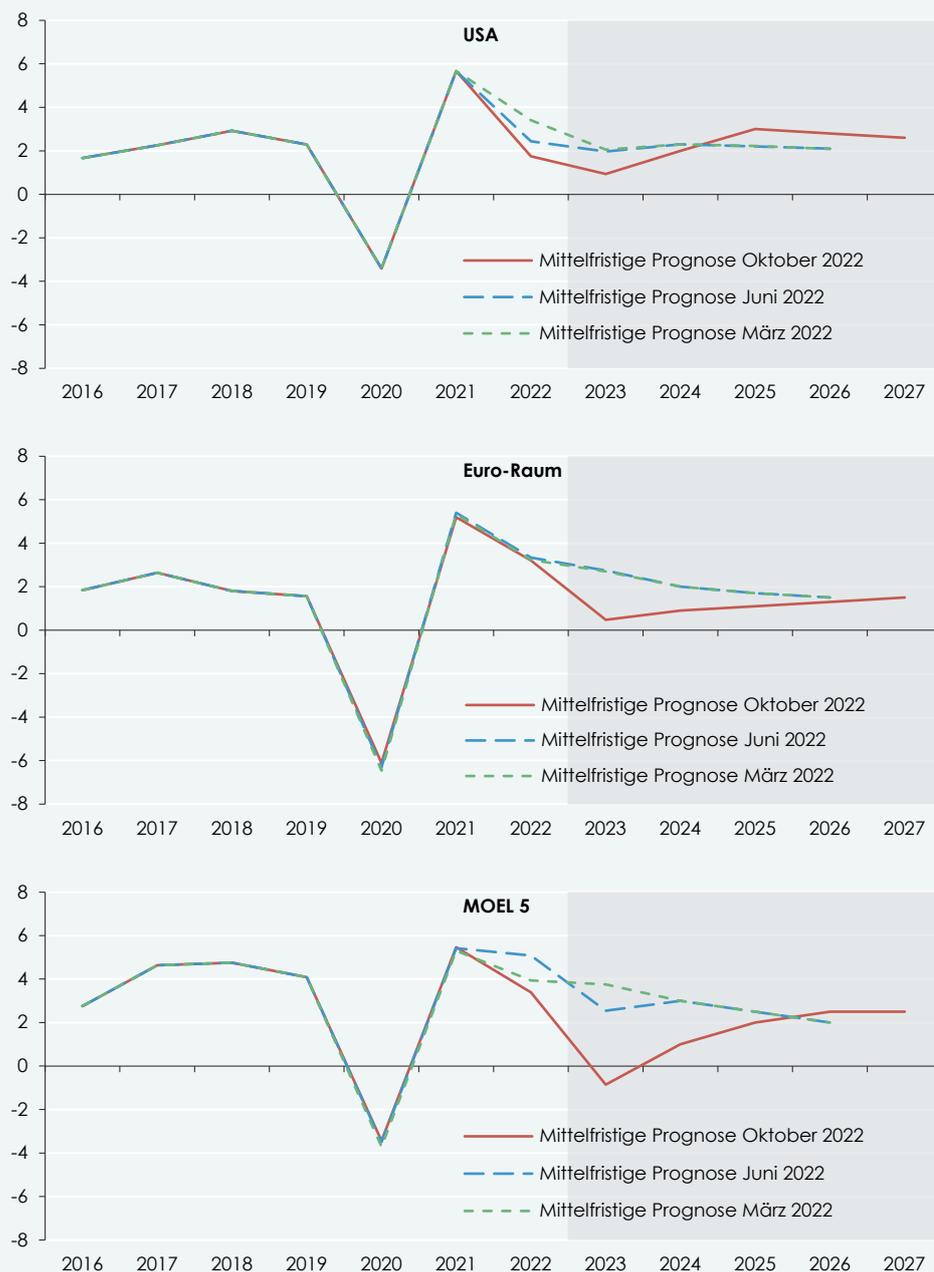
⁵⁾ In den Euro-Raum, die MOEL 5 sowie die USA, China und die Schweiz fließen (exportgewichtet) 85% der österreichischen Ausfuhren.

in Europa⁴⁾. Da der Inflationsdruck in den USA bereits nachlassen dürfte und die Inflation dort vor allem durch inländische Entwicklungen getrieben wird, sollten die Zinsschritte der Federal Reserve 2023 den Preisauftrieb bremsen. Das WIFO unterstellt für die USA für 2023 keine Rezession, aber ein schwaches

BIP-Wachstum von 0,9%, was einem "soft landing" entspricht. Für die Jahre 2024 bis 2027 wird ein Wachstum zwischen 2% und 3% angenommen. Damit entspricht das durchschnittliche jährliche Wachstum im Prognosezeitraum (etwa +2¼% p. a.) jenem in der Periode 2010/2019.

Abbildung 2: **Angenommene Wirtschaftsentwicklung in drei wichtigen Handelspartnerregionen**

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIFO-Berechnungen; Oxford Economics; IWF, World Economic Outlook. MOEL 5: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

⁴⁾ Laut Baumgartner (2022b) waren die Großhandelspreisniveaus an den Energiebörsen (in einheitlicher Währung, Jahresdurchschnittswerte, 2022: Jänner bis September) für Erdgas 2018 bis 2020 in Europa (TTF) etwa **eineinhalb bis zweieinhalb Mal** so hoch, **2021**

viermal und **2022 sechsmal so hoch** wie in den USA. Im Falle von Strom waren die Preise in Europa (laut Strom Base Price Germany) 2018 bis 2020 annähernd gleich hoch, 2021 nicht ganz doppelt und 2022 dreimal so hoch wie in den USA.

1.3 Annahmen zur Geldpolitik

Die **Geldpolitik der USA** wird bereits seit 2021 gestrafft. Die Federal Reserve begann schon in der zweiten Jahreshälfte 2021 mit einer Einschränkung der Anleihenankäufe ("Quantitative Easing") und erhöhte bereits im März 2022 den Leitzinssatz von zuvor 0% bis 0,25% auf 0,25% bis 0,5%. Nach mittlerweile fünf Zinsschritten in diesem Jahr liegt die Federal Funds Rate derzeit im Bereich von 3% bis 3¼%. Für 2023 und 2024 werden weitere Zinsschritte angenommen, sodass der **Dreimonatszinssatz** in den USA im Jahr **2023** bei **4,9%** und **2024** bei **5,2%** liegen wird.

Die **europäische Geldpolitik** schwenkte 2022 ebenfalls auf einen Straffungskurs ein. Das Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) wurde beendet und der Hauptrefinanzierungssatz ab Juli in zwei Schritten auf

1,25% angehoben (Stand 8. September 2022). In den beiden noch ausstehenden EZB-Sitzungen im Jahr 2022 (27. Oktober und 15. Dezember) dürften ebenso wie 2023 weitere Zinsschritte beschlossen werden. Auf Basis dieses geldpolitischen Szenarios wird der **Dreimonatszinssatz im Euro-Raum** 2022 bei 0,3% liegen, **2023** auf **3,9%** und **2024** auf **4,8%** steigen (jeweils im Jahresdurchschnitt). Für die Sekundärmarktrendite auf **10-jährige deutsche Bundesanleihen** wird ein Anstieg von 1,1% 2022 auf **3,6%** im Jahr **2023** und auf **5,1%** **2024** angenommen.

Für den **Wechselkurs** des **Dollar** gegenüber dem **Euro** rechnet das WIFO auf Basis des abnehmenden Zinsdifferentials zwischen dem Euro-Raum und den USA mit einer leichten Aufwertung von 1,04 \$ je € im Jahr 2023 auf 1,21 \$ je € im Jahr 2027.

Die Geldpolitik der EZB wird seit dem Sommer 2022 gestrafft. 2024 dürfte die Sekundärmarktrendite für 10-jährige deutsche Bundesanleihen bei 5,1% liegen.

2. Prognose der Wirtschaftsentwicklung in Österreich

2.1 Gesamtwirtschaftliche Nachfrage

Die vorliegende mittelfristige Prognose setzt auf der kurzfristigen Konjunkturprognose für 2022 und 2023 (Glocker & Ederer, 2022, in diesem Heft) auf, die auf Basis der Annahmen zur internationalen Entwicklung (Kapitel 1) sowie zur Fiskalpolitik in Österreich (Kapitel 2.5)⁷⁾ bis zum Jahr 2027 fortgeschrieben wurde. Es handelt sich dabei um eine modellgestützte Expertinnen- und Expertenprognose unter Verwendung des WIFO-Macromod (Baumgartner et al., 2005).

Nach 8¼% im Jahr 2022 wird für 2023 neuerlich mit einer hohen Inflation gerechnet (6,5%). In erster Linie durch den Ausgleich der kalten Progression dürften die **Nettolohn-einkommen pro Kopf 2023** trotzdem um **4,4%** steigen (real), wovon rund 4 Prozentpunkte auf steuerliche Entlastungen entfallen. Im Zusammenspiel mit den Pensionserhöhungen und der ebenfalls beschlossenen Indexierung von Sozialleistungen wird das **reale verfügbare Haushaltseinkommen** nach einem Rückgang 2022 (-1,0%) im Jahr **2023**

leicht zunehmen (+0,2%). Da die Inflation 2024 auf 3¼% sinkt und die Inflationsrate für den Zeitraum Juli 2022 bis Juni 2023, die dem Progressionsausgleich 2024 zugrunde gelegt werden dürfte⁸⁾, auf 9% geschätzt wird, wird für **2024** mit einem realen Zuwachs des verfügbaren Nettohaushaltseinkommens von **2,5%** gerechnet. In den Folgejahren wird der Anstieg voraussichtlich knapp 1½% p. a. betragen.

Aufgrund der Stagnation des real verfügbaren Haushaltseinkommens wird für **2023** nur ein verhaltenes Wachstum des **realen privaten Konsums** um **1%** erwartet. Dies impliziert einen Rückgang der Sparquote auf 7,0% (-0,7 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr), der jedoch **2024** wieder ausgeglichen wird, da der private Konsum um lediglich **1½%** zulegt. In den Folgejahren wächst der Konsum etwas schwächer als das verfügbare Haushaltseinkommen, sodass die Sparquote bis 2027 auf 7,9% steigt und damit ähnlich hoch ist wie vor der COVID-19-Pandemie.

⁷⁾ Das WIFO folgt in seinen Prognosen einer semi-restriktiven "No-Policy-Change"-Annahme. Das bedeutet, dass im Allgemeinen nur bereits beschlossene Gesetze und Verordnungen Berücksichtigung finden. Unter bestimmten Umständen wird von dieser Regel abgewichen (daher semi-restriktiv): Erstens dann, wenn der Verhandlungs- oder Gesetzwerdungsprozess bereits weit fortgeschritten ist (Gesetzesentwürfe in Begutachtung, in manchen Fällen auch Ministerratsbeschlüsse, wenn für deren Umsetzung eine stabile Mehrheit im Parlament sehr wahrscheinlich erscheint) und zweitens, wenn zur betreffenden Regelung zugleich sowohl ein klarer Zeitplan und auch hinreichend detaillierte Informationen vorliegen, die eine quantitative Einschätzung ermöglichen.

⁸⁾ Im Änderungsantrag zum Einkommensteuergesetz 1988 § 33a werden der Umfang und die Methodik zur Inflationsanpassung der Steuertarifstufen (Ausgleich

der kalten Progression) festgelegt. Heranzuziehen ist das arithmetische Mittel der von Statistik Austria veröffentlichten prozentuellen Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahr, wobei die 12-Monatsperiode Juli des vorangegangenen Kalenderjahres bis Mai des laufenden Kalenderjahres einschließlich des vorläufigen Wertes für Juni des laufenden Kalenderjahres betrachtet wird. Auf Basis der Inflationsprognose für die Jahre 2022/23 in Glocker und Ederer (2022) wird die durchschnittliche Preissteigerung für den Zeitraum **Juli 2022 bis Juni 2023** auf 9% geschätzt. Dieser Wert würde also 2024 für die Bestimmung des Entlastungsvolumens zum Ausgleich der kalten Progression herangezogen. Davon müssten zwei Drittel (6,6%) für die automatische Erhöhung der Einkommensgrenze auf den jeweiligen Steuertarifstufen verwendet werden und das verbleibende Drittel diskretionär, aber zwingend einkommensteuersenkend.

Übersicht 3: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 2010/ 2019	Ø 2018/ 2022	Ø 2023/ 2027	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Veränderung in % p. a.										
Bruttoinlandsprodukt										
Real	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,0	+ 4,6	+ 4,8	+ 0,2	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,4
Nominell	+ 3,3	+ 4,1	+ 4,5	+ 6,6	+ 11,1	+ 6,0	+ 5,2	+ 4,2	+ 3,7	+ 3,7
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 3,2	+ 3,6	+ 2,8	+ 8,3	+ 6,5	+ 3,8	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,4
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 2,8	+ 3,5	+ 1,9	+ 6,0	+ 5,7	+ 4,2	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,2
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾	+ 3,5	+ 4,1	+ 5,4	+ 4,8	+ 6,6	+ 7,5	+ 7,2	+ 5,0	+ 3,9	+ 3,7
Pro Kopf, real ²⁾	+ 0,2	- 0,4	+ 1,0	- 0,3	- 4,2	+ 0,4	+ 2,6	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,4
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,5	+ 1,3	+ 0,7	+ 2,2	+ 2,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,8	+ 2,5	+ 2,7	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9
In %										
Arbeitslosenquote										
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,6	5,4	4,7	6,2	4,6	4,7	4,7	4,7	4,6	4,6
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,8	7,9	6,6	8,0	6,4	6,7	6,7	6,7	6,5	6,4
In % des BIP										
Außenbeitrag	3,3	2,2	0,4	0,6	0,9	0,5	0,5	0,3	0,3	0,1
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition										
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo	- 1,6	- 3,3	- 1,4	- 5,9	- 3,5	- 1,7	- 1,4	- 1,3	- 1,3	- 1,3
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 1,7	- 3,1	- 1,4 ⁷⁾	- 4,8	- 4,2	- 1,7	- 1,4	- 1,3	- 1,3	-
WIFO-Methode ⁸⁾	- 1,7	- 3,4	- 1,4	- 5,1	- 4,4	- 1,8	- 1,4	- 1,3	- 1,2	- 1,3
Struktureller Budgetsaldo	- 1,3	- 3,1	- 1,4 ⁷⁾	- 4,9	- 4,2	- 1,7	- 1,4	- 1,3	- 1,3	-
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 1,3	- 3,1	- 1,4 ⁷⁾	- 4,9	- 4,2	- 1,7	- 1,4	- 1,3	- 1,3	-
WIFO-Methode ⁸⁾	- 1,4	- 3,4	- 1,4	- 5,1	- 4,4	- 1,8	- 1,4	- 1,3	- 1,2	- 1,3
Staatsschuld	80,3	77,4	70,6	82,3	77,1	74,1	71,9	70,2	69,0	67,8
In % des verfügbaren Einkommens										
Sparquote der privaten Haushalte	7,9	9,9	7,7	12,0	7,7	7,0	7,8	7,8	7,9	7,9
Veränderung in % p. a.										
Trendoutput, real										
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,1 ⁷⁾	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	-
WIFO-Methode ⁸⁾	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3
In % des Trendoutputs										
Outputlücke, real										
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	+ 0,0	- 0,4	+ 0,0 ⁷⁾	- 1,9	+ 1,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	± 0,0	-
WIFO-Methode ⁸⁾	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	- 1,5	+ 1,6	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1

Q: Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ²⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁶⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2022, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2022. – ⁷⁾ Ø 2023/2026. – ⁸⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2022 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden durch fiskalpolitische Maßnahmen stabilisiert. Im Prognosezeitraum wächst der reale private Konsum um durchschnittlich 1¼% pro Jahr.

Die Waren**exporte** entwickeln sich üblicherweise im Gleichschritt mit der internationalen Konjunktur. Für **2023** wird für die wichtigsten Zielregionen ein Marktwachstum von ½% unterstellt. Aufgrund der schwachen Entwicklung der Weltwirtschaft werden die Exporte insgesamt 2023 lediglich um 0,9% expandieren (real, Übersicht 4). Im Zeitraum 2024 bis 2027 beschleunigt sich das Exportwachstum, dem internationalen Konjunkturpfad folgend, leicht von 1½% auf 2½% p. a.

Die Gesamt**importe** wachsen wegen der schwachen Inlandskonjunktur nur verhalten und werden von den Exporten sowie der

Nachfrage nach Investitions- und dauerhaften Konsumgütern bestimmt. In den Jahren 2023 bis 2027 verbessert sich das reale Importwachstum im Einklang mit der Entwicklung der inländischen Nachfrage von 0,9% auf 2,7%. Der **Außenbeitrag** verringert sich im Prognosezeitraum von 0,5% auf 0,1% des nominellen BIP. Dies ist auf die hohen Energiepreise zurückzuführen: zum einen sinken die Exporte der energieintensiven Industrie, die durch die Energiekosten unter Wettbewerbsdruck gerät; zum anderen steigen die (nominellen) Einfuhren, da fossile Energieträger fast zur Gänze importiert werden müssen.

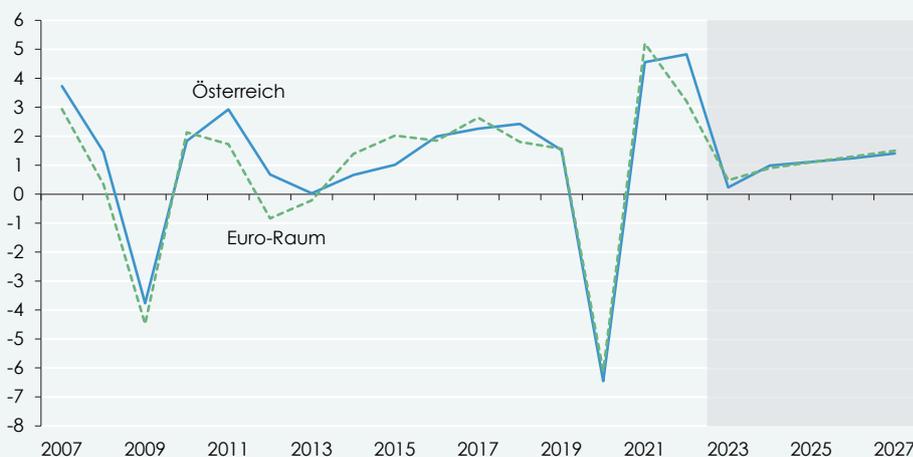
Abbildung 3: Szenarien der mittelfristigen WIFO-Prognose zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 4: Wirtschaftswachstum in Österreich und im Euro-Raum

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



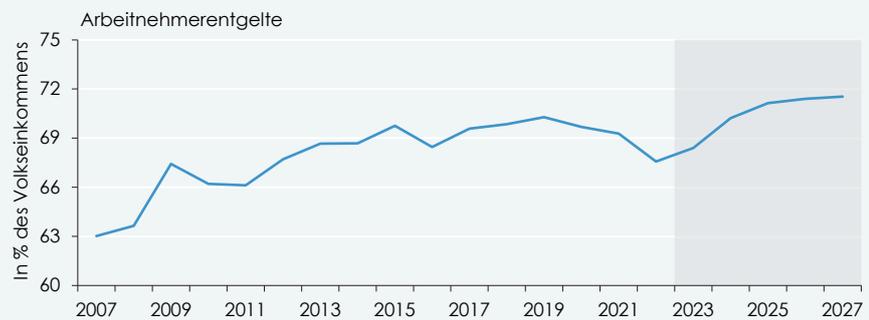
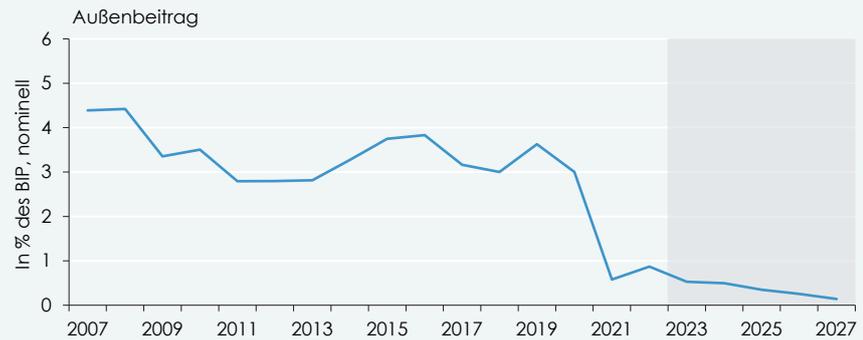
Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 4: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 2010/ 2019	Ø 2018/ 2022	Ø 2023/ 2027	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Veränderung in % p. a.									
Konsumausgaben										
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,9	+ 0,1	+ 1,3	+ 3,6	+ 3,8	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4
Staat	+ 0,8	+ 1,6	+ 0,0	+ 7,8	- 1,5	- 3,5	- 0,0	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,3
Bruttoanlageinvestitionen										
Ausrüstungen ²⁾	+ 3,9	+ 2,2	+ 1,8	+ 11,3	- 1,1	+ 0,7	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,3
Bauten	+ 1,1	+ 2,3	+ 1,1	+ 5,8	+ 0,2	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2
Inländische Verwendung	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1	+ 6,5	+ 2,9	+ 0,3	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,5
Exporte	+ 4,4	+ 3,2	+ 1,8	+ 9,6	+ 9,4	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,6
Importe	+ 4,2	+ 3,3	+ 2,0	+ 13,7	+ 6,0	+ 0,9	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,7
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,0	+ 4,6	+ 4,8	+ 0,2	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen.

Abbildung 5: Nachfrage und Einkommen



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die gedämpfte Konjunktur 2023 lässt in Verbindung mit den eingetrübten wirtschaftlichen Aussichten und der hohen Unsicherheit für die kommenden Jahre nur **eine schwache Investitionstätigkeit erwarten**. Zusätzlich könnten sehr energieintensive Industriezweige ihre Produktion zumindest teilweise ins außereuropäische Ausland verlagern, wo fossile Energie deutlich billiger ist als in Europa. Zusätzlich laufen die expansiven Effekte der Investitionsprämie aus den Jahren 2020/21 aus. Andererseits werden einige Unternehmen durch den Umstieg auf eine CO₂-ärmere Produktionsweise höhere Investitionen tätigen. Insgesamt wird für die **Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstiger Anlageinvestitionen) für 2023 eine Ausweitung um 0,7% prognostiziert. Ab 2024 dürfte das Wachstum dann auf 2% p. a. zunehmen, da die Investitionstätigkeit durch die Senkung des Körperschaftsteuersatzes und die Einführung eines (Öko-)Investitionsfreibetrages etwas belebt wird.

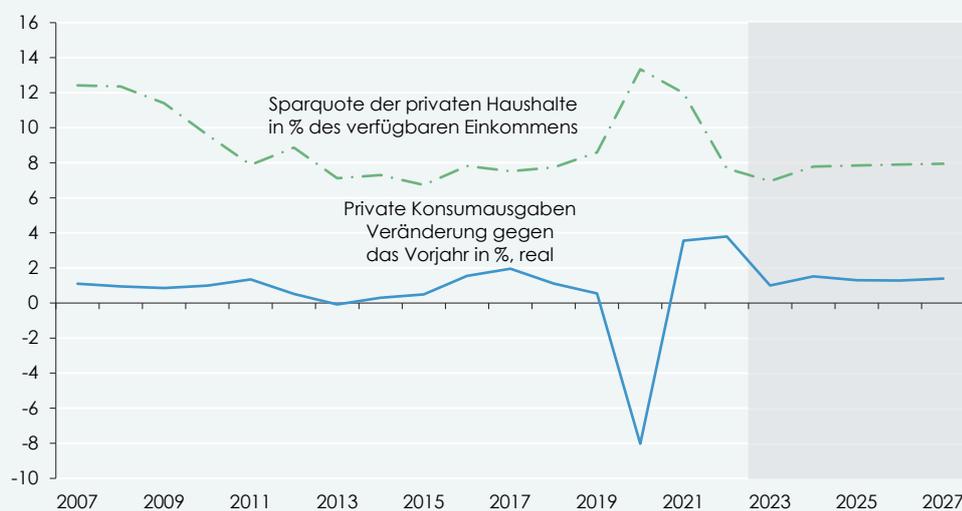
Die höheren Ausgaben der privaten Haushalte für die (thermische) Gebäudesanie-

rung und den Austausch der Systeme zur Strom- und Wärmegewinnung fallen in den Bereich der Bauinvestitionen und beleben diese. Demgegenüber lassen die Ausbaupläne der öffentlichen Hand im Bereich des Tiefbaus eine Abschwächung der Dynamik erwarten. Insgesamt wird für die Bauinvestitionen mit einem jährlichen Zuwachs von 1% bis 1¼% p. a. gerechnet.

Auf Grundlage der dargestellten Entwicklung der Nachfragekomponenten wird für die Gesamtwirtschaft **2023** mit einer Stagflation gerechnet: Einem **BIP-Wachstum** von nur **0,2%** steht eine hohe Inflationsrate von 6½% gegenüber (siehe Kapitel 2.4). In den Folgejahren verbessert sich das **Wirtschaftswachstum** leicht (bis auf **+1,4%** 2027), während die Inflation auf 2½% sinkt. Im Durchschnitt der Prognoseperiode liegt das BIP-Wachstum um ½ Prozentpunkt unter dem mittleren Wachstum der Jahre 2010/2019. Gegenüber dem Euro-Raum dürfte das durchschnittliche BIP-Wachstum 2023/2027 in Österreich um 0,1 Prozentpunkt p. a. schwächer ausfallen.

Für 2023 wird mit einer Stagnation der Wirtschaftsleistung (+0,2%) gerechnet. In Folgejahren dürfte das Wachstum mit durchschnittlich 1,2% p. a. verhalten bleiben.

Abbildung 6: **Konsumausgaben und Sparquote der privaten Haushalte**



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

2.2 Trendoutput und Outputlücke

Der Trendoutput (Potentialoutput) einer Volkswirtschaft wird mittelfristig durch das Bevölkerungswachstum, die Kapitalakkumulation und das Produktivitätswachstum bestimmt. Investitionen in materielle und immaterielle Anlagen steigern und modernisieren den Kapitalbestand, während Bildungsinvestitionen Humankapital aufbauen. Langfristig erhöht die Sach- und Humankapitalbildung die Arbeitsproduktivität.

Das Wachstum des Trendoutputs entspricht dem mittelfristigen Wachstumstrend einer

Volkswirtschaft bei stabiler Inflation und Vollbeschäftigung. Das reale BIP als Maß für die tatsächliche Wirtschaftsleistung kann aufgrund von Konjunkturschwankungen oder Krisen vom Trendoutput abweichen, sollte sich diesem aber mittelfristig annähern. Die Outputlücke als Differenz zwischen dem BIP und dem Trendoutput spiegelt die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung und die Konjunkturlage wider. Eine negative Outputlücke zeigt eine Unterauslastung der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit an, während eine positive Outputlücke mit einer überdurchschnittlichen Kapazitätsauslastung einhergeht.

Die Outputlücke ist ein wichtiger Indikator für die Geldpolitik und weist auf einen steigenden oder fallenden nachfragebedingten Inflationsdruck infolge konjunktureller Schwankungen hin⁹⁾. Wird eine antizyklische Fiskalpolitik verfolgt, um die negativen Auswirkungen von Konjunkturschwankungen auf die Wirtschaftsleistung abzufedern und zudem mittelfristig nachhaltige Staatsfinanzen zu gewährleisten, kommt der Outputlücke (und den mit ihr bestimmten strukturellen Budgetsalden) auch eine wirtschaftspolitische Bedeutung zu.

Die mittelfristigen Trends sind nicht direkt beobachtbar und werden aus den aktuellen Daten und Prognosen ökonometrisch geschätzt. Schätzungen des Trendoutputs sind immer mit Unsicherheit behaftet, da die zugrundeliegenden VGR-Jahresdaten (mitunter erheblichen) Revisionen unterliegen. Besonders hoch ist die Unsicherheit in Krisenzeiten, wenn auch die Konjunkturprognosen unsicher sind. Die COVID-19-Pandemie oder der aktuelle Energiepreisschock sind Beispiele für nicht konjunkturelle Phänomene oder exogene Schocks, die die Schätzung des Trendoutputs erheblich erschweren. Zudem entwerfen permanente Energiepreisschocks und der durch den Klimawandel erzwungene strukturelle Wandel den Kapitalstock. Dies führt zu einer vorzeitigen und damit höheren Abschreibung und senkt mithin das zukünftige Produktionspotential (vorübergehend).

Die Europäische Kommission schätzt den Trendoutput mit einem Produktionsfunktionsansatz, der konjunkturelle Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt und die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung berücksichtigt (Havik et al., 2014). Die Methode der Europäischen Kommission basiert auf Schätzungen einer strukturellen Arbeitslosenquote (Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment – NAWRU) und des Wachstums der Gesamtfaktorproduktivität (TFP). Die NAWRU-Schätzung beruht auf einer Reihe von konjunkturellen, strukturellen und institutionellen Bestimmungsfaktoren der Lohn- und Preissetzung (Hristov et al., 2017). Das Wachstum der Gesamtfaktorproduktivität (TFP) entspricht jenem Beitrag zum Trendwachstum, der durch den Einsatz von Arbeit und Kapital nach konjunktureller Bereinigung nicht erklärt werden kann. Aufgrund der COVID-19-Pandemie kam es zu einem deutlichen Anstieg der Kurzarbeit als Maßnahme zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Arbeitseinkommen (Huemer et al., 2021). Dies führte zu einer starken Verringerung der durchschnittlichen Arbeitszeit und damit des Arbeitsvolumens. Die aktuelle Methode der

Europäischen Kommission berücksichtigt den Effekt der Kurzarbeit auf das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen durch die Verwendung eines Labor-Hoarding-Indikators. Ansonsten würde der durch die Kurzarbeit verursachte Rückgang des Arbeitsvolumens einen starken Rückgang des geschätzten Produktionspotentials bewirken, obwohl die Beschäftigten zu einem beträchtlichen Teil in den Unternehmen gehalten wurden und damit potentiell weiter für die Produktion zur Verfügung stehen.

Die vorliegende WIFO-Schätzung des Trendoutputs nach Methode der Europäischen Kommission (vgl. Planas & Rossi, 2020) basiert auf historischen Daten (bis 2021) und der kurzfristigen Prognose des WIFO für 2022/23 (Glocker & Ederer, 2022). Eine schwächere Investitionsdynamik trägt zusammen mit einer Neuschätzung der NAWRU zu einer Verringerung des Trendoutputs bei. Andererseits steigert die Zunahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aufgrund des Zustroms von Flüchtlingen aus der Ukraine den Trendoutput. Insgesamt führt dies zu einer Abwärtsrevision des geschätzten Trendwachstums um 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte pro Jahr.

Das WIFO rechnet für die Jahre 2023 bis 2026 mit einem durchschnittlichen Trendwachstum von 1,1% p. a. (gemäß der Methode der Europäischen Kommission, Abbildung 7). Die Outputlücke ist 2023 gleich Null, d. h. das reale BIP entspricht dem Trendoutput. Ab 2024 wachsen das BIP und der Trendoutput annähernd gleich schnell, sodass die Outputlücke geschlossen bleibt, bevor sie gemäß der technischen Annahme der Europäischen Kommission bis 2026 gänzlich verschwindet.

Die Europäische Kommission schätzte in ihrer Prognose vom Mai 2022 das mittelfristige Trendwachstum in Österreich auf 1,3% p. a. (Ø 2023/2026; Europäische Kommission, 2022). Übersicht 5 vergleicht die aktuelle WIFO-Schätzung laut der Methode der Europäischen Kommission mit deren eigener Schätzung, zerlegt in die Beiträge der TFP, der Arbeit und des Kapitals. In der WIFO-Schätzung sind die Beiträge der Arbeit und des Kapitals um 0,4 Prozentpunkte bzw. um 0,1 Prozentpunkt niedriger als in der Schätzung der Europäischen Kommission, während der Beitrag der TFP um 0,2 Prozentpunkte höher ist. Beide Schätzungen heben die Kapitalakkumulation als derzeit wichtigste Triebkraft des Trendwachstums hervor. Die Schätzung des Kapitalstocks basiert auf der Prognose der Bruttoanlageinvestitionen in Bau- und andere Investitionsgüter abzüglich der Abschreibungen.

⁹⁾ Derzeit ist die hohe Inflation in Europa in erster Linie eine Folge des Energiepreisauftriebs (Baumgartner, 2022b), der wiederum vor allem auf eine Verringerung des Angebotes zurückzuführen ist (u. a. durch ein

geringeres Erdgasangebot aus Russland, strukturelle Engpässe in der Atomstromproduktion in Frankreich und eine witterungsbedingt bzw. saisonal geringere Stromproduktion aus Wasserkraft).

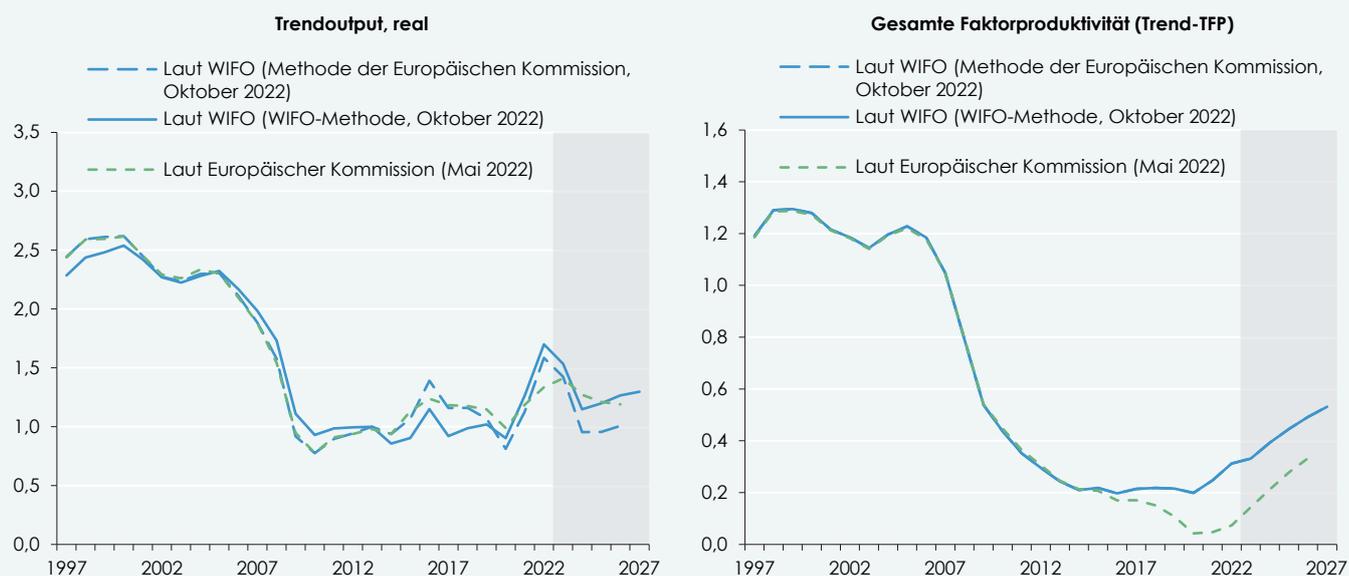
Übersicht 5: Beitrag der Inputfaktoren zum Wachstum des Trendoutputs

		Ø 2010/ 2019	Ø 2018/ 2022	Ø 2023/ 2027	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Methode der Europäischen Kommission¹⁾											
BIP, real (implizit)	Veränderung in % p. a.	+ 1,5	+ 1,3	+ 0,8 ²⁾	+ 4,8	+ 4,8	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0	–
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,1 ²⁾	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	–
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1 ²⁾	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,0	– 0,0	+ 0,0	–
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5 ²⁾	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	–
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4 ²⁾	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	–
Outputlücke, real	In % des Trendoutputs	+ 0,0	– 0,4	+ 0,0 ²⁾	– 1,9	+ 1,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	± 0,0	–
WIFO-Methode³⁾											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,0	+ 4,6	+ 4,8	+ 0,2	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,4
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5
Outputlücke, real	In % des Trendoutputs	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	– 1,5	+ 1,6	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	– 0,0	+ 0,1
Schätzung der Europäischen Kommission (Frühjahr 2022)											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,3 ²⁾	+ 4,5	+ 3,9	+ 1,9	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	–
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,3 ²⁾	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2	–
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5 ²⁾	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	–
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6 ²⁾	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	–
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2 ²⁾	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	–
Outputlücke, real	In % des Trendoutputs	– 0,2	– 1,0	+ 0,1 ²⁾	– 2,7	– 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0	–

Q: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2022, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2022. – ²⁾ Ø 2023/2026. – ³⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2022 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Abbildung 7: Entwicklung des realen Trendoutputs und der gesamten Faktorproduktivität (Trend-TFP)

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2022 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2022, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2022.

Die Schätzung gemäß der Methode der Europäischen Kommission unterstellt eine Schließung der Outputlücke von –1,9% (2021) bis zum Ende des Prognosezeitraumes (Abbildung 8). In einer alternativen Schät-

zung ermittelt das WIFO eine Outputlücke, wie sie sich aus der mittelfristigen BIP-Prognose und dem geschätzten Trendoutput endogen ergibt. Darüber hinaus werden in dieser Variante die Erwerbsquote und die

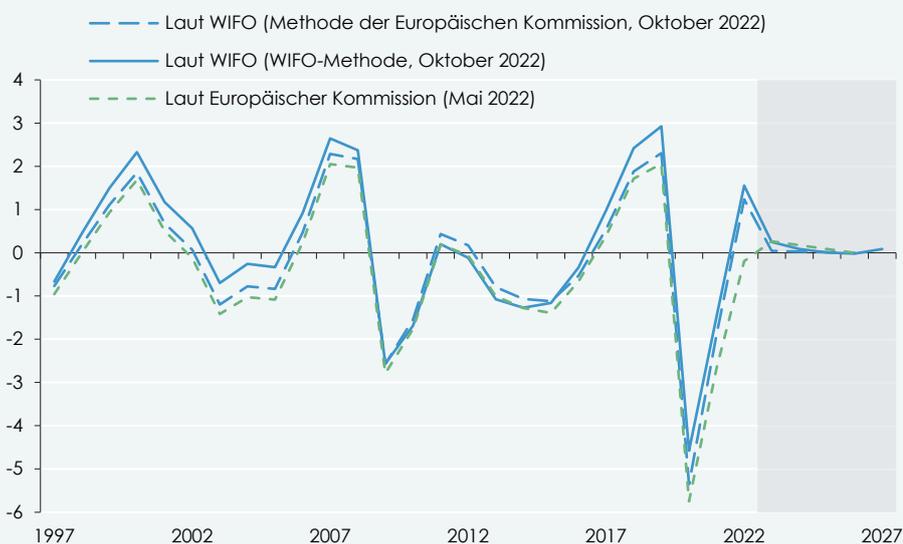
durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden stärker geglättet, um die Prozyklizität des geschätzten Produktionspotentials zu verringern (Maidorn, 2018; EU Independent Fiscal Institutions, 2019, 2022). Diese Schätzung **gemäß WIFO-Methode ergibt ein etwas kräftigeres Trendwachstum von 1,3% p. a.** (Ø 2023/2027) und eine um durchschnittlich 0,1 Prozentpunkt größere Outputlücke.

Die Folgen der derzeitigen Energiepreiskrise auf das mittelfristige Wachstum sind schwer abzuschätzen. Eine längere Phase niedrigen Wirtschaftswachstums und hoher Inflation dämpft die Rentabilität der Unternehmen und die Nachfrage der privaten Haushalte. Angebotsseitig sinken in einer Stagflation die Produktionskapazität, die Kapazitätsauslastung und die Nachfrage nach Arbeitskräften. Auf der Nachfrageseite nimmt das Wachstum von Konsum und Investitionen aufgrund von Liquiditätseingipfen bei Unternehmen und Haushalten ab. Erhöhte

geopolitische Risiken verringern die Investitionsneigung der Unternehmen zusätzlich. Andererseits sollten die ökologische Transformation und der notwendige Strukturwandel – hin zu einer niedrigeren Energieintensität und einer geringeren Abhängigkeit von importierten Rohstoffen (vor allem Brennstoffen) – Investitionen auslösen und das Produktionspotential steigern. Wie Schätzungen von Bańkowski et al. (2021, 2022) zeigen, könnte das Aufbauprogramm NextGenerationEU den Trendoutput im Euro-Raum bis 2030 um 1,4% erhöhen und zu einer um bis zu 0,2 Prozentpunkte höheren Wachstumsrate führen, wobei die Auswirkungen auf die einzelnen Länder stark von den Mittelzuweisungen und der jeweiligen Inanspruchnahme abhängen. Länder, in denen die Maßnahmen im Rahmen von NextGenerationEU in erster Linie bestehende oder bereits angekündigte Maßnahmen ersetzen, sollten dennoch vom höheren Wachstum in anderen EU-Ländern profitieren.

Abbildung 8: **Outputlücke**

Real, in % des Trendoutputs



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2022 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2022, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2022.

Die Arbeitslosenquote sinkt bis 2027 auf 6,4% (2023: 6,7%) und liegt im gesamten Prognosezeitraum unter dem Vorkrisenniveau von 2019.

2.3 Arbeitsmarkt

Das BIP-Wachstum von 0,2% im Jahr 2023 geht mit einem Anstieg der Beschäftigung um 0,5% einher; bis 2027 beschleunigt sich das Beschäftigungswachstum leicht auf 0,9% p. a. Durch die demografische Entwicklung nimmt die Knappheit an Fachkräften im Prognosezeitraum weiter zu. Für das **Arbeitskräfteangebot** wird eine Ausweitung um durchschnittlich 0,8% (oder rund 32.000 Personen) pro Jahr unterstellt. Sie resultiert einerseits aus der weiteren Zunahme der Erwerbs-

beteiligung von Frauen (durch eine schrittweise Anhebung des Frauenpensionsalters ab 2024) und älteren Personen, und andererseits aus einem fortgesetzten Anstieg des ausländischen Arbeitskräfteangebotes. Die Erwerbsbeteiligung der Älteren steigt zum einen durch Veränderungen in der Ausbildungsstruktur – höher qualifizierte Personen bleiben im Durchschnitt länger erwerbstätig – und zum anderen durch (vergangene) Pensionsreformen, durch die ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben an (höhere) Abschlüsse bzw. ein längerer

Verbleib im Arbeitsleben an Zuschläge geknüpft wurde.

Von den aus der Ukraine geflüchteten und in Österreich schutzsuchenden Personen dürften bis Ende 2023 etwa 30.000 als Erwerbspersonen zum Arbeitsangebot beitragen und annahmegemäß jeweils zur Hälfte in Beschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit aufscheinen (Glocker & Ederer, 2022). Prognosen zur Zahl der Ukraine-Vertriebenen und zu ihrer Aufenthaltsdauer in Österreich sind

schwierig; beides hängt vom weiteren Verlauf des Krieges ab. Der Anteil ausländischer Arbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung dürfte bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf 26% ansteigen (2021: 22,5%).

Die Arbeitslosenquote laut AMS wird 2023 zunächst auf 6,7% steigen und bis 2027 auf voraussichtlich 6,4% sinken. Das Vorkrisenniveau von 7,4% (2019) wird somit im gesamten Prognosezeitraum unterschritten.

Übersicht 6: Arbeitsmarkt, Einkommen, Preise

	Ø 2010/ 2019	Ø 2018/ 2022	Ø 2023/ 2027	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	In %									
Arbeitslosenquote										
In % der Erwerbspersonen ¹⁾	5,6	5,4	4,7	6,2	4,6	4,7	4,7	4,7	4,6	4,6
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,8	7,9	6,6	8,0	6,4	6,7	6,7	6,7	6,5	6,4
	Veränderung in % p. a.									
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ²⁾	+ 1,5	+ 1,3	+ 0,7	+ 2,2	+ 2,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8
Unselbständig aktiv Beschäftigte ³⁾	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,8	+ 2,5	+ 2,7	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9
Selbständige ⁴⁾	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Arbeitslose	+ 1,5	- 4,7	+ 0,8	-19,0	-19,6	+ 5,6	+ 1,4	- 0,2	- 1,8	- 0,7
Produktivität ⁵⁾	+ 0,3	- 0,0	+ 0,3	+ 2,1	+ 1,8	- 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6
Lohn- und Gehaltssumme ⁶⁾	+ 3,5	+ 4,1	+ 5,4	+ 4,8	+ 6,6	+ 7,5	+ 7,2	+ 5,0	+ 3,9	+ 3,7
Pro Kopf, real ⁶⁾	+ 0,2	- 0,4	+ 1,0	- 0,3	- 4,2	+ 0,4	+ 2,6	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,4
Lohnstückkosten, Gesamtwirtschaft	+ 1,7	+ 2,7	+ 4,3	+ 0,3	+ 1,8	+ 7,2	+ 6,2	+ 3,7	+ 2,5	+ 2,2
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 3,2	+ 3,6	+ 2,8	+ 8,3	+ 6,5	+ 3,8	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,4
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 2,8	+ 3,5	+ 1,9	+ 6,0	+ 5,7	+ 4,2	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,2

Q: Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ²⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ³⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁴⁾ Laut WIFO, einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – ⁵⁾ BIP real pro Kopf (Erwerbstätige: unselbständige Beschäftigungsverhältnisse und Selbständige laut VGR). – ⁶⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ⁷⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI.

2.4 Inflation und Löhne

Nach einem Anstieg der Verbraucherpreise (gemäß VPI) um voraussichtlich 8¼% im Jahr 2022 wird für **2023 mit 6,5%** abermals ein kräftiger Preisauftrieb erwartet. Die Energiepreise dürften auch 2023 maßgeblich zur Inflation beitragen, wenngleich sich das Gewicht der einzelnen Komponenten ändert: leisteten 2022 noch die Mineralölprodukte den größten Beitrag zur Teuerung, so dürften es 2023 die anderen Energieträger sein, vor allem Erdgas und Strom. Auch Fernwärme und Holz tragen zur Gesamtinflation bei, aufgrund des geringeren Gewichts jedoch relativ wenig. Von den Mineralölprodukten dürfte auf Basis der Markterwartungen (gemäß den Futures-Kursen für Rohöl) in der zweiten Jahreshälfte 2023 ein negativer Inflationsbeitrag ausgehen.

Die aktuelle Entwicklung der Börsennotierungen für Erdgas und Strom im europäischen Großhandel und der Ausblick auf Basis der Futures-Kurse lassen bis zum Frühjahr 2023 noch deutliche Preisanstiege erwarten. Sie beeinflussen mit Verzögerung die Tarifge-

staltung für private Haushalte sowie kleine und mittlere Unternehmen.

Für **2023** rechnet das WIFO mit einem weiteren **Anstieg der Energiepreise im VPI um 30%**. Die **Strompreisbremse** (Stromkostenschussgesetz), die voraussichtlich im Dezember 2022 in Kraft tritt, dürfte die Inflationsrate 2023 um rund 1 Prozentpunkt dämpfen.

Der lebhafteste Preisauftrieb bei Vorprodukten, Transport- und Energiekosten im Jahr 2022 wirkt in den Folgejahren in Form höherer Konsumgüterpreise nach. Die hohe Inflation 2022 spiegelt sich auch in den Lohnabschlüssen für 2023. Im Besonderen in arbeitsintensiven Bereichen wie etwa im Dienstleistungssektor werden höhere Arbeitskosten auf die Verbraucherpreise überwälzt.

Mit dem **Auslaufen der Strompreisbremse ab Juli 2024** wird **Strom in der zweiten Jahreshälfte 2024 und in der ersten Jahreshälfte 2025 einen höheren Inflationsbeitrag leisten**. Damit werden erst ab dem 2. Halbjahr 2025 alle Energiepreiskomponenten im VPI einen negativen Inflationsbeitrag liefern.

Die Inflationsrate in Österreich beträgt 2023 voraussichtlich 6,5%. Erst zum Ende der Prognoseperiode nähert sie sich mit 2½% dem EZB-Zielwert von 2% an.

Bei **Konsumgütern und Dienstleistungen**, die knapp drei Viertel des VPI-Warenkorbs ausmachen, dürfte die Inflation selbst gegen Ende der Prognoseperiode noch etwa 3% p. a. betragen, nicht zuletzt durch **höhere Lohnkosten**. Daher wird für 2026 und 2027 mit einer Gesamtinflation von 2½% p. a. gerechnet. Der Druck auf die Lohnkosten wird durch den zunehmenden Fachkräftemangel verstärkt: einerseits treten geburtenstarke Jahrgänge, die häufig über eine mittlere Schul- oder eine duale Berufsausbildung verfügen, vermehrt in Pension über, andererseits sind die in den Arbeitsmarkt eintretenden Kohorten kleiner und streben verstärkt tertiäre Ausbildungen an.

Durch den Ausgleich der kalten Progression wird 2023 mit einem Zuwachs der Nettoeallöhne pro Kopf um durchschnittlich 4,4% gerechnet.

Die Nettoeallöhne pro Kopf würden 2023 ohne steuerliche Entlastung lediglich um 0,4% steigen. Durch den Ausgleich der kalten Progression legen sie jedoch um 4,4% zu – deutlich stärker als nach früheren Steuerreformen. Für 2024 wird ein Reallohnzuwachs (pro Kopf, brutto) von 2,6% und 2025 von 1,1% erwartet. Beide Werte liegen markant über dem Wachstum der Produktivität¹⁰). Dies ist zum einen der (bisher vorherrschenden) Orientierung der Lohnverhandlungen an der Vorjahresinflation und zum anderen der zunehmenden Arbeitskräfteknappheit infolge der demografischen Entwicklung zuzuschreiben.

2.5 Öffentlicher Sektor

Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums prägt in Kombination mit stark steigenden Preisen und den damit verbundenen Maßnahmen der öffentlichen Hand den Budgetpfad 2023/2027. Zum einen führt das kräftige nominelle Wachstum zu einem robusten Anstieg der Staatseinnahmen, der jedoch durch das stufenweise Inkrafttreten der ökosozialen Steuerreform und insbesondere durch die Abschaffung der kalten Progression ab 2023 deutlich gebremst wird. Zum anderen stehen umfangreiche diskretionäre Maßnahmen zur Abfederung des Kaufkraftverlustes der kräftigen budgetären Entlastung gegenüber, die sich durch das Auslaufen zahlreicher COVID-19-Unterstützungsmaßnahmen ergibt¹¹)¹²).

Der Rückgang der Ausgaben für diese Unterstützungsleistungen, insbesondere der Aufwendungen für Kurzarbeit, Ausfallsbonus und Fixkostenzuschuss, führen 2022 zu einer bedeutenden budgetären Verbesserung

durch in Summe etwa 8 Mrd. € geringere Subventionen. Aufgrund der nachlassenden Testintensität und sinkender Ausgaben für COVID-19-Impfungen wird zudem vor allem für 2022 ein deutlich schwächerer öffentlicher Konsum erwartet. Die verbesserte Arbeitsmarktlage entlastet die öffentlichen Haushalte ebenfalls spürbar.

Dem stehen bereits 2022 erhebliche Mehrausgaben für Maßnahmen zur Abfederung des Energiepreisanstiegs gegenüber. Die Aufstockung des Klimabonus, der Teuerungsausgleich und der Energiekostenzuschuss erhöhen die Transfers um beinahe 5 Mrd. €. Während für 2022 einmalige Kosten von 4 Mrd. € für die Schaffung einer staatlichen Erdgasreserve berücksichtigt werden, wird für 2023 mit Mehrausgaben durch die Strompreisbremse in Höhe von 2 Mrd. € gerechnet. Die Ausgaben für die Versorgung der Ukraine-Flüchtlinge werden für 2022 und 2023 mit insgesamt etwa 1,3 Mrd. € veranschlagt.

Die hohe Inflationsrate, die auch mittelfristig nicht ganz auf das Vorkrisenniveau sinkt, schlägt sich in einer deutlich höheren Ausgabedynamik bei Löhnen und Gehältern im öffentlichen Sektor sowie bei den an die Teuerung gekoppelten Pensionen nieder. So führt die rezente Pensionsanpassung bereits zu zusätzlichen Ausgaben von 4 Mrd. € im Jahr 2023.

Die in den letzten Jahren beobachtbare Entlastung der öffentlichen Haushalte durch geringere Zinsausgaben, die dem Niedrigzinsumfeld geschuldet war, setzt sich nicht fort. Ausgehend von einem niedrigen Niveau im Jahr 2022 dürften die Zinszahlungen bis 2027 auf 9 Mrd. € steigen und sich somit ungefähr verdoppeln. Unter diesen Voraussetzungen sollte die Staatsausgabenquote nur moderat von 52,1% (2022) auf 49,1% (2027) sinken.

Einige der für die kommenden Jahre geplanten zusätzlichen Ausgaben, wie z. B. die avisierte Aufstockung des Verteidigungsbudgets oder die Ausweitung des Energiekostenzuschusses für Unternehmen, konnten in der vorliegenden Budgetvorausschau nur eingeschränkt berücksichtigt werden, da die zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung vorliegenden Informationen für eine quantitative Einschätzung noch zu unkonkret waren. Budgetär weitgehend neutral wirken hingegen die klimapolitischen Investitionen, die aus

¹⁰) Im Zeitraum 2010/2019 betrug der durchschnittliche Reallohnzuwachs +0,2% p. a. (bei einer Inflationsrate von 1,9% p. a. und einem Produktivitätszuwachs von +0,3% p. a.).

¹¹) Aufgrund des Cut-off-Termins 28. September 2022 konnten die letzten Änderungen in der Finanzplanung des Bundes in der vorliegenden Prognose nicht mehr berücksichtigt werden. Die Prognoseannahmen für das Jahr 2023 liegen in den Bereichen "Energiekostenzuschuss für energieintensive Unternehmen", "Militärausgaben" und "Strompreisbremse (Stromkostenzu-

schussgesetz)" unter dem Ausgabenplan, der am 12. Oktober 2022 als Regierungsvorlage für das Bundesfinanzgesetz 2023 in den Nationalrat eingebracht wurde (Budgetrede des Bundesministers für Finanzen).

¹²) Gemäß der "No-Policy-Change"-Annahme wurden in der vorliegenden Prognose keine Hypothesen zu zusätzlichen Maßnahmen oder Reformen formuliert, etwa in den Bereichen Pflege, Pensionen, Bildung oder Finanzausgleich. Ebenso wenig wurden zusätzliche Maßnahmen im Bereich Klimaschutz unterstellt.

dem Aufbauprogramm NextGenerationEU finanziert werden.

Nachdem in den Jahren 2020 und 2021 krisenbedingt außerordentlich hohe Budgetdefizite verzeichnet wurden, ist kurzfristig eine spürbare Verbesserung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos zu erwarten. Mittelfristig ergibt sich aufgrund der inflationsbedingt steigenden Ausgaben für Löhne,

Gehälter sowie Pensionen und des stark steigenden Zinsdienstes keine weitere wesentliche Verbesserung des Finanzierungssaldos. Für 2022 wird mit einem Defizit in Höhe von 3,5% des BIP gerechnet; 2023 sollte sich der Saldo nochmals deutlich auf -1,7% des BIP verbessern. In den Folgejahren dürfte sich die Neuverschuldung dann bei etwa -1,3% des BIP (2027) einpendeln.

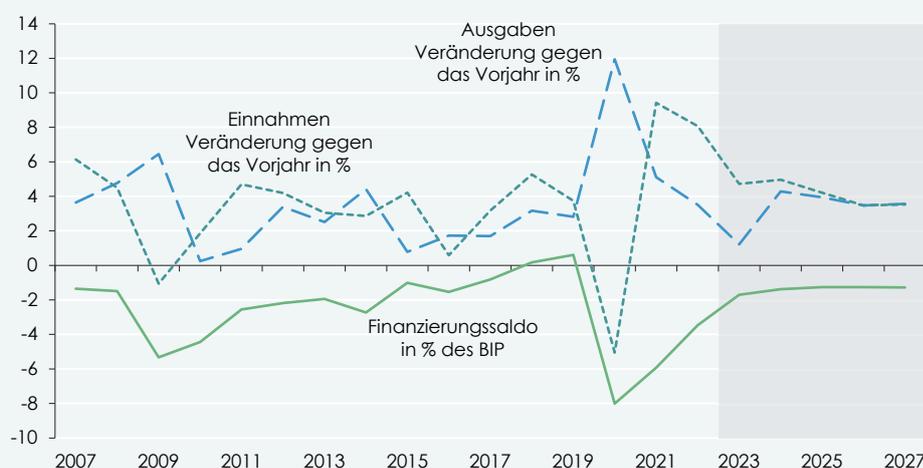
Übersicht 7: Staat

	Ø 2010/ 2019	Ø 2018/ 2022	Ø 2023/ 2027	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Veränderung in % p. a.									
Laufende Einnahmen	+ 3,4	+ 4,2	+ 4,2	+ 9,4	+ 8,1	+ 4,7	+ 5,0	+ 4,2	+ 3,5	+ 3,5
Laufende Ausgaben	+ 2,2	+ 5,3	+ 3,3	+ 5,1	+ 3,5	+ 1,2	+ 4,3	+ 3,9	+ 3,5	+ 3,6
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,3	+ 4,1	+ 4,5	+ 6,6	+ 11,1	+ 6,0	+ 5,2	+ 4,2	+ 3,7	+ 3,7
	In % des BIP									
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 1,6	- 3,3	- 1,4	- 5,9	- 3,5	- 1,7	- 1,4	- 1,3	- 1,3	- 1,3
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo										
Methode der Europäischen Kommission ¹⁾	- 1,7	- 3,1	- 1,4 ²⁾	- 4,8	- 4,2	- 1,7	- 1,4	- 1,3	- 1,3	-
WIFO-Methode ³⁾	- 1,7	- 3,4	- 1,4	- 5,1	- 4,4	- 1,8	- 1,4	- 1,3	- 1,2	- 1,3
Struktureller Budgetsaldo										
Methode der Europäischen Kommission ¹⁾	- 1,3	- 3,1	- 1,4 ²⁾	- 4,9	- 4,2	- 1,7	- 1,4	- 1,3	- 1,3	-
WIFO-Methode ³⁾	- 1,4	- 3,4	- 1,4	- 5,1	- 4,4	- 1,8	- 1,4	- 1,3	- 1,2	- 1,3
Staatsschuld	80,3	77,4	70,6	82,3	77,1	74,1	71,9	70,2	69,0	67,8

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2022, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2022. – 2) Ø 2023/2026. – 3) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2022 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Abbildung 9: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates

Laut Maastricht-Definition



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Der starke Anstieg der Inflation bedingt ein kräftiges Wachstum der Einnahmen aus indirekten Steuern, insbesondere aus der Mehrwertsteuer. Die Einnahmen aus direkten Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen steigen zwar ebenfalls, begünstigt durch hohe Lohnabschlüsse und die weiterhin

hohe Beschäftigung. Die Entlastungsmaßnahmen der ökosozialen Steuerreform und die Abschaffung der kalten Progression dämpfen das Wachstum der Lohn- und Einkommensteuereinnahmen jedoch erheblich. Darüber hinaus führen die Senkung des Körperschaftsteuertarifs, der Öko-Investitions-

freibetrag sowie neue Abschreibungsregelungen ab 2024 zu jährlichen Mindereinnahmen von etwa 1 Mrd. €. Die neu eingeführte CO₂-Bepreisung bedingt dagegen jährlich steigende Mehreinnahmen, die allerdings durch Entlastungsmaßnahmen für Härtefälle und für die von "Carbon Leakage" betroffenen Sektoren gemindert werden. Durch das verspätete Inkrafttreten wird die CO₂-Bepreisung 2022 nur geringfügige Einnahmen auslösen; bis 2027 dürften diese auf über 1½ Mrd. € ansteigen. Zusätzlich bringen die höheren Zinssätze einen merklichen Anstieg der Kapitalertragsteuereinnahmen auf Zinsen mit sich.

Unter den genannten Bedingungen steigen die Staatseinnahmen im Prognosezeitraum

3. Prognoserisiken

Das aktuelle Umfeld ist von einer markanten Risiko-Asymmetrie geprägt, weshalb im Folgenden ausschließlich Abwärtsrisiken skizziert werden.

Eine weitere Eskalation des Ukraine-Krieges könnte u. a. zu einer stärkeren Fluchtbewegung, zu weiteren Liefereinschränkungen bei Erdöl- und Erdgas und/oder zu einer Ausweitung der EU-Sanktionen auf sämtliche russischen Energierohstoffe führen. Eine verschärfte Mangellage bei Erdgas würde die Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum vor allem 2023 und 2024 deutlich dämpfen. Ein vollständiger Erdgaslieferstopp würde auch die Wärmeversorgung der privaten Haushalte im Winter 2023/24 gefährden. Im Falle eines Erdgaslieferstopps bzw. eines Embargos würde insbesondere die europäische Wirtschaft in eine tiefere und längere Rezession schlittern. Gleichzeitig würde die Inflation höher ausfallen als in der Prognose unterstellt. Für ein solches Szenario rechnen aktuelle Schätzungen für Österreich für 2023 mit einem BIP-Rückgang im Ausmaß von 3% bis 4%¹³.

Mit der Fortdauer des Krieges, zunehmender Zerstörung und weiteren Gräueltaten an der Zivilbevölkerung wird auch die Zahl der in der EU schutzsuchenden Personen aus der Ukraine zunehmen. Eine Verschärfung der Spannungen im Nahen Osten oder zwischen der Türkei und der EU könnte auch andere Migrationsströme nach Europa wieder verstärken. Neben den Herausforderungen der Versorgung und Integration der Geflüchteten ergibt sich daraus mittelfristig aber auch ein Potential für eine Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes.

Das Auftreten neuer, gefährlicherer und/oder hochansteckender SARS-CoV-2-Varianten, im Besonderen solcher, vor

um durchschnittlich 4,2% pro Jahr. Im Zusammenspiel von dynamischem Aufkommenswachstum und steuerlichen Entlastungen liegt die Einnahmenquote des Staates über den Prognosezeitraum nahezu konstant bei knapp 48% des nominellen BIP.

Die Staatsschuldenquote, die 2020 durch den konjunkturellen Einbruch und die zahlreichen COVID-19-bedingten Mehrausgaben einen Höchststand von knapp 83% des BIP erreicht hatte, sinkt 2022 wieder unter 80% (77,1% des BIP). Ein weiterhin kräftiges nominales BIP-Wachstum und vergleichsweise moderate Budgetdefizite ab 2023 führen bis zum Ende des Prognosezeitraums zu einem Rückgang der Staatsschuldenquote bis auf unter 68% des BIP (2027).

denen die bisherigen Impfstoffe keinen Schutz bieten, könnte die Regierungen erneut zu Restriktionen nötigen und die globale Wirtschaftsentwicklung abermals deutlich hemmen. Lockdowns im Herbst bzw. im Winter 2022/23 würden die touristische Wintersaison gefährden und neuerlich zu markanten Umsatzausfällen führen.

Ein weiteres Risiko birgt die Wirtschaftsentwicklung in den USA. Sollte der Rückgang der Inflation deutlich langsamer vorantreten als in dieser Prognose angenommen, und die Federal Reserve die Leitzinsen daher stärker erhöhen als unterstellt, so könnte auch die USA in eine Rezession schlittern. Die höheren Zinsen in den USA würden Länder mit hohen Auslandsschulden (etwa einige Schwellenländer) unter Druck setzen. Durch eine Abwertung der Landeswährungen würde die Bedienung der in Fremdwährung (zu einem großen Teil in Dollar) denominierten Schulden erschwert und die Inflation durch die Verteuerung von Importgütern angefacht. Dies könnte wiederum Zinserhöhungen in den betroffenen Ländern auslösen und damit die dortige Wirtschaft hemmen. Eine Abschwächung der Wirtschaftskraft der USA würde zudem eine schwächere Importnachfrage nach sich ziehen und damit auch die wirtschaftliche Aktivität in den anderen Industrieländern dämpfen.

Die nach wie vor sehr restriktive COVID-19-Politik Chinas stellt eine Gefahr für die weitere Entwicklung der chinesischen Wirtschaft dar, birgt aber angesichts der globalen Lieferverflechtungen auch Risiken für die Weltwirtschaft. Eine sich schneller ausbreitende Variante des SARS-CoV-2-Virus könnte in China sehr rasch große Produktionszentren und/oder wichtige Häfen lahmlegen. Dies hätte erneut weltweite Auswirkungen. Die Überschuldung des chinesischen

Der Ukraine-Krieg und mögliche Aktionen Russlands, die die Energieversorgung in Europa weiter beeinträchtigen, stellen die bedeutendsten Abwärtsrisiken dar.

¹³ Siehe OeNB (2022), Reiter et al. (2022) und Baumgartner et al. (2022a).

Immobiliensektors birgt nicht nur für die chinesische Wirtschaft selbst Risiken, sondern hat auch Übertragungspotential auf andere Länder, da auch ausländische Banken am chinesischen Immobiliengeschäft beteiligt sind.

Derzeit sind die Inflationserwartungen im Euro-Raum trotz der hohen Teuerung noch in der Nähe des EZB-Ziels von 2% verankert. Eine anhaltend hohe Inflation und ein Vertrauensverlust in die EZB bergen mittelfristig jedoch die Gefahr einer sich selbst verstärkenden Lohn-Preis-Spirale. Um derartige Preis(-steigerungs-)erwartungen wieder zu

verankern, wären drastischere und damit die wirtschaftliche Aktivität stärker belastende Mittel notwendig, um das Vertrauen in die Geldpolitik wiederherzustellen.

Ein **Eintreten der erwähnten Abwärtsrisiken** würde dazu führen, dass sich die **österreichischen Ausfuhren schwächer entwickeln** als in der Prognose unterstellt, wodurch die heimische Wirtschaft in eine Rezession schlittern würde. Ein Schrumpfen der Wirtschaft würde zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, geringeren Einnahmen und höheren Ausgaben, und damit zu einem höheren Budgetdefizit führen.

4. Literaturhinweise

- Bańkowski, K., Bouabdallah, O., Domingues Semeano, J., Dorrucci, E., Freier, M., Jacquinoť, P., Modery, W., Rodríguez-Vives, M., Valenta, V., & Zorell, N. (2022). The economic impact of Next Generation EU: a Euro Area perspective. *ECB Occasional Paper Series*, (291/April 2022).
- Bańkowski, K., Ferdinandusse, M., Hauptmeier, S., Jacquinoť, P., & Valenta, V. (2021). The macroeconomic impact of the Next Generation EU instrument on the euro area. *ECB Occasional Paper Series*, (255/Jänner 2021).
- Baumgartner, J. (2022a). Wie geht's der Wirtschaft. *Österreichische Gemeinde-Zeitung*, (10/2022), 26-28. <https://www.staedtebund.gv.at/ePaper/oeqz-2022-10/>.
- Baumgartner, J. (2022b, 31. August). *FIW-Spotlight: Der Einfluss der internationalen Energiepreise auf die Inflation*. FIW. https://blog.fiw.ac.at/spotlightno3_energiepreise-vs-inflation.
- Baumgartner, J., Breuss, F., & Kaniowski, S. (2005). WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy. In OeNB (Hrsg.), *Macroeconomic Models and Forecasts for Austria. Proceedings of OeNB Workshops* (61-86), (5).
- Baumgartner, J., Glocker, C., Kaniowski, S., & Streicher, G. (2022a). *Ein alternatives negatives Szenario für die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung in Österreich durch eine Einschränkung der Erdgas- und Rohölversorgung durch Russland* (Arbeitsitel), mimeo.
- Baumgartner, J., Kaniowski, S., & Pitlik, H. (2022b). Ukraine-Krieg trübt die mittelfristigen Wirtschaftsaussichten. Update der mittelfristigen Prognose 2022 bis 2026. *WIFO-Monatsberichte*, 95(4), 233-245. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69643>.
- EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2019). *A practitioner's guide to potential output and the output gap*.
- EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2022). *Testing output gaps: An Independent Fiscal Institutions' guide*.
- Europäische Kommission (2022). European Economic Forecast. Spring 2022. *European Economy, Institutional Papers*, (173).
- Glocker, C., & Ederer, S. (2022). Stagflation in Österreich. Prognose für 2022 und 2023. *WIFO-Konjunkturprognose*, (3). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69811>.
- Havik, K., Mc Morrow, K., Orlandi, F., Planas, C., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A., Thum-Thysen, A., & Vandermeulen, V. (2014). The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps. *European Economy, Economic Papers*, (535).
- Hristov, A., Planas, C., Röger, W., & Rossi, A. (2017). NAWRU estimation using structural labour market indicators. *European Economy, Discussion Papers*, (69).
- Huemer, U., Kogler, M., & Mahringer, H. (2021). *Kurzarbeit als Kriseninstrument in der COVID-19-Pandemie. Kurzerexpertise zum Vergleich der Modelle ausgewählter europäischer Länder*. WIFO. <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/67020>.
- Maidom, S. (2018). Is there a trade-off between procyclicality and revisions in EC trend TFP estimations? *Empirica*, 45(1), 59-82.
- Oesterreichische Nationalbank – OeNB (2022). *Effekte eines russischen Gaslieferstopps auf die österreichische Wirtschaft: Simulationsergebnisse mit einem Input-Output-Modell*. <https://www.oenb.at/Publikationen/ukraine.html>.
- Planas, C., & Rossi, A. (2020). Program GAP. Technical Description and User Manual. *JRC Scientific Information Systems and Databases Report*, (JRC121236). Europäische Kommission.
- Reiter, M., Ertl, M., Forstner, S., & Molnarova, Z. (2022). *Die Auswirkungen des von der EU beschlossenen Embargos russischer Ölimporte auf die österreichische Wirtschaft*. IHS.
- U.S. Energy Information Administration – EIA (2022). Today in Energy: Europe is a key destination for Russia's energy exports. <https://www.eia.gov/todayinenergy/detail.php?id=51618> (abgerufen am 14. 3. 2022).